

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachkommen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Zur Landtagswahl.

Die „Nat.-Lib.-Korr.“ schließt ihre Uebersicht über die gegenwärtige Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses und die Aussichten für die Neuwahlen wie folgt:

In den neuen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Raffau, wohnen im Gegensatz zu den alten Provinzen, wo dieselben Wahlkreise fast durchgängig zwei oder drei Vertreter zu entsenden haben, die einzelnen Wahlkreise nur je einen Abgeordneten. Eine Ausnahme bilden hier nur die beiden großen Städte Hannover und Frankfurt a. M., welche je zwei Abgeordnete zu wählen haben.

8. Die Provinz Schleswig-Holstein hat in 19 Wahlkreisen ebenso viele Abgeordnete zu stellen. Davon waren bisher 2 konservativ, 7 nationalliberal, 2 freisinnig, 2 fraktionslos (Dänen). Am freiesten sind hier stets die jetzt nationalliberal vertretenen Wahlkreise Altona und Eiderdithmarschen zwischen dieser Partei und den Freisinnigen.

9. Die Provinz Hannover stellt in 35 Wahlkreisen 36 Abgeordnete. Davon gehörten bisher 1 der konservativen, 3 der freiservativen, 30 der nationalliberalen, 2 der Zentrumsparthei an. Die Provinz ist sonach das nationalliberale Kernland, und nichts berechtigt zu der Annahme, daß sich dies Verhältnis ändern werde. Die Wahlen sind, abgesehen von dem Zentrums-hospitalen Dr. Brühl in Welle, bermalen im Abgeordnetenhaus garnicht vertreten. In einzelnen Wahlkreisen pflegen sie es allerdings auf starke Minderheiten gegen die Nationalliberalen zu bringen.

10. Die Provinz Westfalen wählt in 16 Wahlkreisen 31 Vertreter. Davon gehörten zuletzt 5 der konservativen, 2 der freiservativen, 7 der nationalliberalen, 2 der freisinnigen und 15 der Zentrumsparthei an. Einen Gegenstand heftigen Kampfes bildet hier stets namentlich der Wahlkreis Herford-Bielefeld, jetzt durch drei Hochkonservative (Stöcker) vertreten. Die liberalen und Gemäßigten konservativen haben indessen das vorige Mal eine sehr bedeutende Minderheit aufgebracht. Der nationalliberale und der ultramontane Bestand erscheint nicht gefährdet.

11. Die Provinz Hessen-Raffau wählt in 25 Wahlkreisen 26 Abgeordnete. Davon gehörten bisher 7 der konservativen, 2 der freiservativen, 10 der nationalliberalen, 2 der freisinnigen, 4 der Zentrumsparthei an; 1 war fraktionslos (liberal). Im Regierungsbezirk Kassel scheint einer oder der andere Wahlkreis durch die im Abgeordnetenhaus bisher nicht vertretenen Antisemiten gefährdet. Die Verhältnisse sind hier wenig durchsichtig und es könnte bei den bisherigen manchmal geringen Majoritäten einzelne Verschiebungen bevorstehen. Der Wahlkreis Stadt Frankfurt, der bei den Wahlen von 1888 durch zwei Nationalliberale, dann in Folge einer Nachwahl durch 1 Nationalliberalen und 1 Freisinnigen vertreten war, ist stets ein zwischen den Gemäßigten und den fortgeschrittenen Liberalen sehr streitiger Bezirk, wobei wenige Stimmen den Ausschlag geben.

12. Die Rheinprovinz wählt in 32 Wahlkreisen 62 Abgeordnete. Davon gehörten bisher 2 der konservativen, 3 der freiservativen, 13 der nationalliberalen, 43 der Zentrumsparthei an; einer war fraktionslos (konservativ). Die Eise des Zentrums sind der großen Mehrzahl nach mit Aussicht auf Erfolg nicht angereizt. Statt Minoritäten von freiservativen oder nationalliberalen Seite wurden nur in Aachen, Arelfeld, Düsseldorf aufgebracht, wogegen auch der jetzt freiservativ vertretene Wahlkreis Wiesbaden stets hart mit den Ultramontanen zu ringen hat. Die nationalliberalen Wahlkreise sind nicht gefährdet. Nur in dem jetzt von dieser Partei vertretenen Wahlkreis Neuwied ist die Entscheidung im Kampfe mit dem Zentrum sehr freitig und von ganz wenigen Stimmen abhängig.

13. Die beiden Mandate von Hohenzollern sind dem Zentrum nicht zu entreißen.

Deutschland.

△ Berlin, 15. September. Von sonst gut unterrichteter Seite wird behauptet, daß der Kaiser von dem Befinden des Fürsten Bismarck während seiner letzten Krankheitskrise fortgesetzt unterrichtet worden ist.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, sind soeben die Gutachten der Oberpräsidenten, Oberlandesgerichtspräsidenten u. über die Frage der Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern eingegangen. Die Mehrzahl der Gutachten plädiert für die Ueberweisung der Berufung an die Oberlandesgerichte.

Wie man der „Voss. Ztg.“ versichert, ist die Reichsregierung nicht geneigt, eine den öffentlichen Wünschen entsprechende Reform des Militär-Strafgerichts-Verfahrens vorzunehmen. Während Bayern an der Öffentlichkeit des Verfahrens festhält, sind Preußen und mit ihm andere Bundesstaaten nicht geneigt, denselben Weg einzuschlagen. Es ist daher die Angelegenheit noch um keinen Schritt vorwärts gekommen. Im Reichstag wird jedoch eine diesbezügliche Interpellation an die Regierung gerichtet werden.

Der vom Herrenhaufe angenommene Antrag des Oberbürgermeisters Wieses betr. Stadt-erweiterung ist beschlüssig augenblicklich lebhaft die preussischen Ministerien.

Berlin, 15. September. Der Kaiser hat sich, wie bereits gemeldet, zum Chef des badiischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 ernannt und an den Großherzog von Baden nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Ew. königliche Hoheit haben mir durch den Wunsch, die Stellung eines Chefs des 2. badiischen Grenadier-Regiments Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 zu übernehmen, eine große Freude bereitet. Ich nehme Ew. königliche Hoheit Antrieben gern und herzlich dankbar an und habe dem Regiment ausgesprochen, wie ich weiß, daß das im Frieden und im Kriege jederzeit bewährte Regiment, welches sich die Zufriedenheit meines hochseligen Großvaters erworben hat und dessen Namen es als besondere Auszeichnung weiterführen soll, sich dieses erneuten Beweises meiner Gnade stets würdig zeigen wird. Ich verbleibe in inniger Zuneigung und Freundschaft Ew. königlicher Hoheit freundwilliger Vetter, Bruder und Neffe.“
(gez.) Wilhelm.

— Der Kaiser und mehrere deutsche Fürsten beabsichtigen, an der am 24. Oktober in Dresden stattfindenden Feier des fünfzigjährigen Militärdienst-Jubiläums des Königs Albert von Sachsen theilzunehmen.

— Im Gefolge des Kaisers bei den ungarischen Manövern werden sich befinden: der Kommandant des Hauptquartiers, Generalmajor von Vlesien, die Flügeladjutanten v. Scholl, Frey, v. Seckendorff, v. Jacobi, der Chef des Militär-Kabinetts General v. Hahnle, der Abtheilungschef Oberstleutnant v. Villaurme, der Chef des Zivil-Kabinetts v. Lucanus, der Chef des Generalstabes der Armee Graf v. Schlieffen und der Geheim- Legationsrath v. Kiderlen-Wächter vom Auswärtigen Amt.

— Der italienische Minister der öffentlichen Arbeiten, Genala, ist vorgestern Abend von seinem Ausfluge nach Kopenhagen, wo er den Hafen, und nach Kiel, wo der Nordsee-Kanal be- sucht hat, zurückgekehrt. Gestern Morgen stattete er dem Bahnhofs-Friedrichstraße einen Besuch ab und nahm von den Einrichtungen der Stadtbahn eingehend Kenntniß; dann begab er sich nach dem Mühlendamm, um die dortigen neuen Bauten kennen zu lernen. Der Minister will auch von der Kanalisation und von der Wasserleitung Kenntniß nehmen; zu diesem Zwecke steht ein Ausflug nach dem Mühlgraben in Aussicht. In seiner Begleitung befinden sich sein Privatsekretär Ingenieur Luigi und der Direktor eines der größten Eisenbahnhäuser, Sacaro, der noch etwa 14 Tage in Berlin verweilen wird.

— Ueber den Zustand des Fürsten Bismarck theilt die „Neue bayerische Landeszeitung“, deren Redakteur A. Memminger sich in Kitzingen befindet, von dort unter dem 12. v. M. Folgendes mit:

„Der Fürst Bismarck kann nun wieder im Speisesaal spazieren gehen, er hat dabei, um sich gerade halten zu müssen, den Stock zwischen den Ohren durch und über den Rücken gezogen. Als er neulich so frant war, mußte er sich von einem Haarschneider, Herrn Friseur Müller aus Würzburg, auch rasiren lassen. Er würde vielleicht einen Vollbart tragen, aber die Frau Fürstin mag diesen nicht leiden. Ueber die Abreise ist noch nichts bestimmt. Herr Professor Dr. Schweninger kommt erst heute wieder an. Der Fürst hat, wie schon in der gestrigen Abendausgabe erwähnt, zahlreiche Gedenkungs-Telegramme und massenhafte Salben und Rezepte von alten Weibern, Kurpfuschern und sonstigen Medizinmännern erhalten, die alle auf den Reichthum gewandert sind.“

— Mit dem Herzog Ernst von Koburg-Gotha hat, was noch unerwähnt geblieben ist, die Berliner Akademie der Künste ein Ehrenmitglied verloren. Die Körperschaft zählt jetzt noch fünf Ehrenmitglieder, nämlich die Kaiserin Friedrich, die inaktiven Staatsminister Dr. Fall und Dr. v. Gögler, den früheren ständigen Sekretär Geh. Rath Jöller, endlich den Dichter Graf von Schack in Wilmers.

— Den am nächsten Dienstag zusammen- tretenden Kolonialrat soll auch die Frage der Aufhebung von Handelsverträgen in Kamerun beschäftigen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet darüber:

„Im Jahre 1889 hatte der Gouverneur v. Soden über Verletzung ausschließlicher Berechtigungen an Unternehmer in Kamerun eine Verordnung auf Grund des Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, erlassen. Darnach sollte Denjenigen, welche Schritte für die Gewinnung, Herstellung oder Verarbeitung von Gegenständen thaten, die bisher aus dem Schutzgebiete nicht ausgeführt wurden, ein besonderes Recht auf die Gewinnung, Verwertung und Ausfuhr jener Gegenstände ertheilt werden. Ferner war Vorklärungen in Gegenden errichtet, wo Weisse bisher noch nicht angelangt waren, und dadurch dem Handel neue Gebiets- theile erschlossen, dem konnte innerhalb dieser Gebiets- theile ein ausschließliches Recht zum Handels- betriebe in dem Sinne ertheilt werden, daß andere Handelsniederlassungen daselbst ausgeschlossen waren. Die angegebenen Rechte sollten auf höchstens zehn Jahre verliehen und ohne Entschädigung aufgehoben werden, wenn dies im Interesse des Schutzgebietes erforderlich wäre; auch wurde eine Patentsgebühr festgesetzt, welche 5 vom Hundert des Werthes der Gegenstände nicht übersteigen sollte. Die in Kamerun ansässigen Firmen hatten diese Sache angeregt, weil man glaubte, Alles thun zu müssen, um den Handel zu heben; dazu kam, daß man in englischen Kolonien vielfach denselben Weg beschritten hatte. Der erwartete Erfolg ist nicht eingetreten, und selbst unter den mit den Berechtigungen Versehen besetzt ein scharfer Widerspruch über den Werth derselben. Während die Einen auf die Erhaltung derselben bestehen, wünschen die Anderen ihre Aufhebung, denn dieselben wären die Patent- gebühren nicht werth. Das Uebelste an diesen Vorrechten ist aber, daß durch sie die Eingeborenen benachtheiligt werden. Die den Weissen verliehenen Rechte stören nicht nur den legitimen Handel der Eingeborenen, sondern die Weissen kommen natur- gemäß dahin, die heimische Bevölkerung ganz von dem Handel mit ihren Landesprodukten zu verdrängen. Das hat schon zu manchen Reibereien mit den heimischen Stämmen geführt. Diese Er- scheinungen haben die Erwägung hervorgerufen, ob es nicht besser sei, die Berechtigungen aufzu- heben, zumal einzelne Berechtigte gar keinen Ge- brauch mehr von ihrem Privilegium machen, und soll der Kolonialrat diese Frage begünstigend be- antworten.“

— Die „Konserv. Korr.“ schreibt: Das große Schlagwort, welches einerseits die Arbeiter- einheit in das Netz der rothen Internationalen hineinreißt und das andererseits die Tatsache, daß die Internationale eine lediglich die Sozialrevo- lution betreibende Verbindung darstellt, verdunkeln soll, das Schlagwort von der internationalen Interessengemeinschaft aller Arbeiter hat nur kurze Zeit durch die Praxis unwiderprochen wirken können. In verschiedenen, von der Arbeiter- schaft garnicht mißzuverstehenden Fällen hat es sich neuerdings gezeigt, daß von einer solchen, die ganze Welt umfassenden Interessengemeinschaft garnicht die Rede sein kann. Gehen schon innerhalb der nationalen Grenzen die Interessen der verschiedenen Arbeiterkategorien oft weit auseinander, so wird diese Interessenschiedenheit erst recht ersichtlich, wenn der nationale Geizismus gegenüber dem Auslande in Frage kommt. Wir haben diesen Geizismus in Amerika, in der Schweiz, in Frank-

reich sich betheiligen sehen; auch in England macht er sich geltend. Nur auf die deutschen Arbeiter, die ausnehmend auch heute noch vom Auslande mehr Heil als von ihrer eignen Nation erwarten, übt das wirklich hinreichend diskreditirte Schlag- wort eine gewisse Wirkung aus. Endlich aber wird auch die Zeit einmal kommen, wo die Ar- beiter, soweit sie in der Sozialdemokratie nur ihre Interessensvertretung erblicken, das Unsinns- ge der angeblichen internationalen Verbrüderung einsehen werden. Diese Verbrüderung, die, wie wir annehmen, von der Leitung der deutschen Sozial- demokratie in allen Stücken ernst genommen wird, ist für die ausländischen „Genossen“ lediglich ein Gegenstand nationaler Spekulation. Erwarten beispielsweise die französischen „Brüder“ ganz ernsthaft, daß die deutschen Sozialisten bei einem deutsch-französischen Kriege die Waffen strecken und die Reichsländer ausliefern werden, so denken doch sie selber garnicht daran, ihre „Internationa- lität“ in gleicher Weise zu betheiligen. Die Vorbereitungen zum Empfang der russischen Flotte zu Toulon beweisen das; denn die dortigen Sozialdemokraten haben die Gelder zu den großen Festlichkeiten mitbewilligt und gedenken sogar den russischen „Verbündeten“ eine eigne Feier zu ver- anstalten. Daraus mißien doch die deutschen „Genossen“ ersehen, woraus die französischen „Brüder“ wollen, wenn sie gleichwohl für die „Solidarität“ der internationalen Sozialdemokra- ten schwärmen. Die Herren Bebel-Vielhuch-Singer sind wohl zu klug, um die Pläne nicht zu durch- schauen, wonach die rote Internationale nur dem deutsch-französischen Auslande als Hülfstruppe dienen soll; allein diese Herren suchen den Schwerpunkt in der revolutionären Tendenz der Internationale und sie scheitern sich mit der Hoffnung, deren Föhrung zu behalten. In dieser Hoffnung aber täuscht sich das deutsche Triumvirat; giebt doch schon die „nationale“ Absplünderung der polnischen „Genossen“ einen deutlichen Fingerzeig für die weitere Entwicklung.

— Der polizeilichen Auflösung verfiel eine Versammlung von Anarchisten, die am Mittwoch Abend in dem großen Konfordinale in der Anstaltsstraße tagte. Auf der Tagesordnung stand: „Freie Diskussion über die internationale Verbrüderung des Proletariats und dessen Stellung zu der physischen und geistigen Anarchi- schaft.“ Der Einrufer, Schloffer Wiesthal, war der Präsident der (anarchistischen) Versamm- lung. Etwa 500 Personen, darunter mehrere Frauen, waren erschienen. Zuerst sprach der Ar- beiter Karl Hoffmann, der recht unruhig mit den Juben umging. Die Juben machen mit ihrer Schwundworte die ebrliche Arbeit tot und bringen den ebrlichen Arbeiter um seinen Lohn und um sein Vermögen. Ihr einziges Bestreben ginge dahin, Kaiser und Könige zu stürzen, aber nur, damit sie dann desto freier und ungehindert selbst herrschen, mit ihrem Schwager überall hin- zureisen können. Der ganze Freimüßige „zum Teufel gehen und der Jude Singer hinterdrein fliegen!“ (Beifall und Widerspruch.) — Der zweite Redner, der Anarchist Wigle, erklärte, daß man die Ausbeuter nicht nur bei den Juben zu suchen habe, sondern auch bei den Christen und ganz vornehmlich seien es „katholische Pfaffen und katholische Kleriker, die die ganze Menschheit ausbeuteten.“ Die Anarchisten wollen den Liberalismus, der anarchische Zustände herbei- führt, nach Kräften unterstützen und ausbauen. Der größte und stärkste Feind, den die Anarchisten zu bekämpfen hätten, sei das Kapital! (Zustimmung.) Ein anderer geistlicher Gegner sei die Demokratie, und zwar nicht nur die bürgerliche, sondern auch die sozialistische, die Sozialdemokratie. Er (Wigle) mißte das offen aussprechen, trogdem er erwar- tete, daß er vom „Vorwärts“, dem Zentralorgan der „offiziellen“ Sozialdemokratie, dafür angerepelt werden werde. Der „Vorwärts“ verdiene eigentlich für derartige Gemeinheiten eine derbe Züchtigung, aber er (Wigle) wolle heute Abend noch einmal davon Abstand nehmen. Wenn die Menschen alle rechte Männer (!) wären, würden sie nicht so leichtfertig einem Einzelnen folgen. Eine Ver- breitung dieses Verhältnisses werde sich aber mit Naturnothwendigkeit jetzt vollziehen müssen. Es dürfe absolut keine Herrschaft gebildet werden. Dieses Joch müsse endlich abgeschüttelt werden, möge es sich nun republikanisch oder demokratisch nennen.“ Bei einer weiteren Aeußerung erhob sich der die Versammlung überwachende Polizei- offizier und erklärte: „Auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes löse ich hiernit die Versammlung auf! Der Saal ist sofort zu räumen!“ Zuerst erlitten einige „Namen“, dann erschollen Protest- rufe; die Versammelten verließen allmählig und sehr langsam das Lokal. Beim Hinausgehen wurden Hydrophane auf die Anarchie laut und einige Anarchisten begannen zu johlen, verstümmten aber bald wieder; denn plötzlich erschien eine Anzahl Schulente auf der Bildfläche, die die Säumen- den energisch ermahnten, das Lokal zu verlassen. Die ganze Versammlung hatte kaum länger als 20 Minuten gedauert.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, sind die beiden Kreuzer „Arcton“ und „Alexandrine“, welche sich bisher in Buenos Ayres befanden, vorgestern nach Rio de Janeiro in See gegangen.

— Zur Ausbildung der bayerischen Kavallerie im feldmähigen Reiten sowie im Grundaus- rüstungs- und Aufkürschdienst wird, wie die „M. N. N.“ mittheilen, vom kommenden Lebensjahre an ein neuer Dienstzweig zur Einführung kom- men. Es sind dies Dauer- und größere Pa- trouillenritte von Kavallerie-Offizieren. Diese Ritte sind zur Ausführung besonderer, bestimmter Aufträge zu benützen, wozu auch einzelne Mann- schaften, die besonders als Patrouillenführer aus- zubilden sind, beigegeben werden. Unter be- sonderen Umständen, z. B. weiten Ritten, können die Beihelfer auch über Nacht außerhalb der Gar- nison verbleiben. Diese größeren Dauer- und Patrouillenritte sind zu jeder Jahreszeit und ohne Rücksicht auf das Wetter anzuordnen, soweit es nur der übrige Dienst zuläßt.

— In Bezug auf die Telephongebühren theilt die „Voss. Ztg.“ mit, daß Herr von Stephan beabsichtigen soll, an Stelle der Pauschalabgaben im Telephonverkehr mit den Nachbarnoten Einzel- gebühren einzuführen. Demgegenüber macht die „Freie Ztg.“ darauf aufmerksam, daß das neue Reichstelephonengesetz vom 6. April 1892 in § 7 bestimmt: „Die für die Benutzung von Reichs- telegraphen und Fernsprechanlagen bestehenden Gebühren können nur auf Grund eines Gesetzes erhöht werden.“

Schneidemühl, 14. September. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde be- schlossen, den arbeitsfähigen Brannen in der kleinen Kirchenstraße, der so viel Unheil angerichtet hat, durch Verstopfung in der Tiefe dauernd unschäd- lich zu machen. Der Berliner Brunnennmacher Beyer wird nächsten Mittwoch mit den Arbeiten dazu beginnen. Bürgermeister Ludwig theilte mit, daß der Magistrat beabsichtigt, durch Nach- suchung einer Audienz beim Kaiser die Genehmi- gung zur Veranstaltung einer Brunnenspektre zu erbitten.

Das Hilfskomitee beschloß heute, ein erneutes Gesuch der durch das Brunnennunglück geschädigten Hausbesitzer, die eingegangenen Gelder zu ver- theilen, vorläufig abzulehnen, bis der Schaden genau festgestellt; dagegen wurde beschlossen, den Hausbesitzern die für Oktober, November und Dezember fälligen Mieten zu zahlen.

Altona, 14. September. Die Staatsregie- rung gab ihre Genehmigung dazu, daß in Altona ein umfangreicher Freihafenbezirk hart an der Elbe angelegt werde.

Kassel, 14. September. Se. Maj. der Kaiser schenkte dem Friedrichs-Gymnasium in Erinnerung an die hierbelbst verlebte Schulzeit vier Tausender für den geschichtlichen Unterricht. Keln, 14. September. Der „Keln. Ztg.“ zufolge richten sich die Hoffnungen der russischen landwirtschaftlichen Kreise immer dringender auf den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland. Diese Stimmen werden immer vernehmbarer, so sehr auch die panславistische chauvinistische Blätter sich bestreben, den Ab- schluß des Vertrages als eine für Rußland gleichgültige Sache hinzustellen. Dem gegenüber konstatirt die „Keln. Ztg.“, daß die Haltung Deutschlands dieselbe wie früher bleibt. Deutsch- land wünsche dringend den Abschluß eines beider- seitig vorteilhaften Vertrages; es habe jedoch die Witterung der Zeit die Lage in ganz un- günstiger Weise geschildert. Rußland müsse, so bemerkt das Blatt, uns in derselben Weise ent- gegen kommen, wie andere Staaten auch.

Stuttgart, 14. September. Ihre Majestät die Kaiserin traf um 5 Uhr 12 Minuten, Se. Majestät der Kaiser mit dem Kronprinzen von Italien eine Viertelstunde später hier ein. Aus dem Bahnhofs wurden die Majestäten vom König und der Königin, sowie von den hier anwesenden kaiserlichen Prinzen und Prinzessinnen, den Hof- staaten und vielen hohen Würdenträgern empfangen. Nach den üblichen Vorstellungen, dem Abschieden der Front und dem Vorbeimarsch der Ehren- wache, welche eine Kompanie des Infanterie- Regiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen Nr. 120 gestellt hatte, erfolgte die Abfahrt der Allerhöchsten Herrschaften nach dem königlichen Schloß. Vor dem ersten Wagen, in welchem Se. Majestät der Kaiser mit dem Könige Platz genommen hatte, ritt eine halbe Eskadron des Dragoner-Regiments König Nr. 26, während die andere halbe Eskadron dem zweiten Wagen, in welchem Ihre Majestät die Kaiserin und die Königin von Württemberg saßen, folgte. Unbe- schreiblicher Jubel des Volkes begleitete die Majestäten auf dem ganzen Wege vom Bahn- hofs bis zum königlichen Schloß, mit stürmischen Schreien wurde der Kronprinz von Italien empfangen und ebenso der Reichsfürst Graf Caprivi mit begeisterten Hurrah begrüßt. Bei dem Verlassen des Bahnhofs richtete der Stadtschultheiß Ruemelin eine Ansprache an Se. Majestät den Kaiser, in welcher er Allerhöch- stem, dem mächtigen Kriegsherrn und treuen Friedensfürsten, im Namen der Stadt einen Will- kommensgruß darbrachte. Der Kaiser dankte und äußerte, er sei gerne wieder nach Stuttgart ge- kommen; der Stadtvorstand habe sein Bestreben richtig begriffen. Das Wetter ist prächtig. Abends 7 Uhr findet im königlichen Residenz- schloß Familienfest und Musikalltag statt. Um 8½ Uhr wird im Schloßhofe von sämt- lichen württembergischen Militär-Musikkorps ein großer Zapfenstreich ausgeführt.

Mannheim, 14. September. In Radolfs- zell stellte die nationalliberale Partei den Fabri- kanten Allweiler als Landtagskandidaten auf.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. September. Wie der „Pol. Korr.“ aus Belgrad gemeldet wird, steht ein Wechsel im diplomatischen Korps bevor. Der Pariser Gesandte Georgiewitsch soll das Portefeuille des Aussen übernehmen. Der diplomatische Agent in Sofia, Steic, kommt als Gesandter nach Bukarest, und nach Sofia soll der Sektions- chef im Ministerium des Aussen, Dr. Milanovic, versetzt werden.

Frankreich.

Paris, 13. September. Gestern Abend, als eben die Abendblätter erschienen waren, die sämtlich der durch den jähen Tod des Generals von Miribel hervorgerufenen „Konsternation“ Ausdruck gaben, ergab sich plötzlich über die Boulevards ein Schwarm von „Camelots“, welche während mehrerer Stunden das folgende Flugblatt ausreichten: „Vergleichen die Uebersicht der mili- tärischen Streitkräfte Frankreichs und Russlands gegenüber derjenigen der Triple-Allianz.“ In diesem Flugblatt heißt es: „Angesichts der Pro- vokationen und der Drohungen der Triple-Allianz ist es geboten, die Eventualität eines nahen Feld- zuges voranzusehen. Es ist folglich notwendig, daß jeder Franzose die Streitkräfte kenne, welche unser Land, vereint mit Rußland, eintretenden Fäles dem verbündeten Deutschland, Oesterreich- Ungarn und Italien gegenüber stellen kann. Hier folgt die genaue Aufstellung nach den neuesten von dem „Indicateur Europeen“ (?) veröffent- lichten Dokumenten: Friedensfuß: Frankreich 508 686, Rußland 818 330 Mann, zusammen 1 327 016 Mann. Deutschland 506 983, Oester- reich-Ungarn 337 418, Italien 276 013, zusammen 1 120 414 Mann. Kriegsfuß: Frankreich 3 850 000, Rußland 5 000 000 Mann, zusam- men 8 850 000 Mann. Deutschland 3 400 000, Oesterreich-Ungarn 1 872 000, Italien 2 800 000, zusammen 8 072 000 Mann. Wir können daher ohne Furcht und mit der jedem Franzosen eignen Ruhe einem Kriege entgegengehen, aus welchem wir mit dem Bestande unserer russischen Freunde siegreich hervorgehen werden, und der dem Vater- lande die beiden Provinzen, welche wir seit 20 Jahren beweinen, Elß und Lothringen zurück- gegeben wird.“ Ich will nicht gerade behaupten, daß die Pariser Polizei geneigt ist, welche die Idee gehabt hat, durch Verbreitung dieses Flug- blattes am gestrigen Abend die durch die Nach-

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank- furt a. M. Heine. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

richt von dem Tode des Grafen Miribel und durch die Uebersichten, an das bedeutende Er- eigniß geknüpften Kommentare der Journale aus- geregte öffentliche Meinung zu beruhigen, es ge- nügt auch die Thatsache zu konstatiren, daß die Polizei während mehrerer Stunden das Aus- schreien und den Verkauf dieses Flugblattes ge- duldet hat.

Paris, 14. September. Die Furcht, die Juden könnten sich an der Geldsammlung für die Russenfronte nicht genügend betheiligen, veranlaßt den Postenrichter Balabregue, seine Glaubens- genossen in einem herbeiziehenden Brief an die summe Jabel zu erinnern, Rußland habe Frankreich 1875 vor einem deutlichen Ueberfall gerettet. Des- halb müßten alle Bedenken vor der Dankbarkeit zurücktreten und die Juden doppelt geben.

Italien.

Rom, 14. September. Ein vom heutigen Tage datirtes Dekret genehmigt das Abschie- dens-gehalt des Präsidenten Calenda, welcher anläß- lich der Erzeße auf der Piazza Farnese suspendirt wurde.

Großbritannien und Irland.

London, 14. September. Aus einem soeben bekannt gewordenen Memorandum erhellt, daß zur Zeit des Todes des Königs Georg IV. im Jahre 1830 das Oberhaus 401 Mitglieder ent- hielt. Beim Tode des Königs Wilhelm IV. waren es 433 und in der gegenwärtigen Session enthält das Haus 572 Mitglieder. Der Zweck des Memorandums ist, zu beweisen, daß die größere Zahl der neuen Peers den liberalen und nicht den konservativen Regierungen zuzuschreiben ist. Seit der Regierung des Lords Grey 1830 haben die sich folgenden liberalen Ministerien 136 neue Peers und 257 Baronets freit. Von den konser- vativen Regierungen wurden während derselben Periode 95 neue Peers und 155 Baronets er- nannt. Seit 1830 haben die Liberalen 208 Stimmen und die Konservativen 120 Stimmen im Oberhaufe hinzugefügt. Unter den Lords, welche an der Abstimmung über die Home- rule Bill theilnahmen, giebt es 95, von denen jeder über 10 000 Morgen Land — zusammen also 2 084 375 — besitzt. Lord Conyngham z. B. ist der Besitzer von 156 973 Morgen, Lord Kenmare von 118 606 Morgen, Lord Devonshire von 110 172 a. f. w. Was die geistlichen Peers an- betrifft, deren Zahl 26 beträgt, so waren 19 bei der Abstimmung zugegen. Sie stimmten sämt- lich gegen die Vorlage. Bei dieser Gelegenheit mag es interessant sein zu erwähnen, daß als am 30. Mai 1810 im Oberhaufe die Verathung über die 2. Lesung der Vorlage, die Todesstrafe für Lendenbiefstahl zum Verthe von 5 Schilling abzumildern, auf der Tagesordnung stand, sämtliche anwesenden Prälaten (7 an Zahl) da- gegen stimmten.

Eine interessante Mittheilung über Ein- wanderung und Auswanderung in den Vereinigten Staaten wird in einem Londoner Blatte ver- öffentlicht. Danach erklären die Agenten ver- schiedener Dampfschifflinien, daß die Aus- wanderung aus den Vereinigten Staaten die Einwanderung — übersteigt. Die Anzahl der Auswanderer in die Küstengebiete des Mittel- meeres sei aufs doppelte gestiegen, und die An- zahl der nach Bremen gehenden sei 10-20 Prozent mehr als die der Ankommlinge. Man schreibt diesen Umschwung der Schließung von Minen und Fabriken in den Vereinigten Staaten zu.

London, 14. September. In Comhill ver- hafte die Polizei 69 Ausländer, welche von den Gassen eines Kaffeehauses unter Drohungen Geld verlangten.

Rumänien.

Bukarest, 14. September. Die Königin Elisabeth trifft hier Anfangs Oktober ein. In Sinaia werden bereits die für die Königin be- stimmten Zimmer bezogen.

Siam.

Wie aus Siam berichtet wird, ist den in dortigen Diensten stehenden dänischen Marine- offizieren von Kopenhagen her die Theilnahme an einem eventuellen abermaligen Kampf gegen die Franzosen strengstens untersagt worden. Man entsinnt sich, daß an dem Seegefecht bei Pal- nung mehrere dänische Offiziere hervorragend be- theiligt waren. Offiziell wird dieses Geheiß jetzt aber von den in siamesischen Diensten stehenden dänischen Persönlichkeiten als ein „Mißverständ- niß“ bezeichnet. Man wird dieses aus Kopen- hagen ergangene Verbot wohl charakteristisch finden können.

Amerika.

Newyork, 12. September. Am nächsten Sonnabend wird das indische Reservatgebiet „Te Cherokee Strip“ in Arkansas für Joden zur Ueberlassung offen erklärt werden. Ungefähr 100 000 Männer und Frauen sind bereits in der Nähe versammelt, um die Gelegenheit zu errei- chen, sich eines Stückes Landes zu bemächtigen. Große Menschenmassen sind in der Stadt Arkan- sas zusammengedrängt. Gestern war daselbst kein Stückchen Brod zu haben. Unter denen, die warten, befinden sich auch viele Kaskader, die mit Lebensmitteln versehen sind. Sie glauben, daß sie schneller reisen werden als die Männer und Frauen zu Pferde, und so von den schönsten Landschaften Besitz ergreifen können. 30 Frauen sind unter den Kaskadern.

Cholera-Nachrichten.

Hamburg, 14. September. Wie der „Ham- burger Korr.“ meldet, müssen sich jetzt sämtliche von Rotterdam, Amsterdam, Havre, Hull und Grimsby kommenden Schiffe wieder einer drei- tägigen Quarantäne unterwerfen. Während dieser drei Tage darf nur der Kapitän an Land gehen.

Rom, 14. September. Während der letzten 24 Stunden ist in Cassino ein neuer Cholera- frantungsfall nicht vorgekommen, einer der früher mitgetheilten Erkrankungsfälle hat einen tödlichen Ausgang genommen. Aus Avorno fehlen zuver- lässige Nachrichten, jedoch verlautet, daß drei Er- krankungen an Cholera vorgekommen seien. Das Verordnen der Cholera in Pescara wird in Avrede gestellt.

London, 14. September. Unterhaufe. Der Präsident der Kolalverwaltung, Fowler, erklärte in Beantwortung einer Anfrage über das Auftreten

